

# Die SPD 2009

Ein Neuanfang und der Weg aus der Krise!

Juso Unterbezirk Gießen\*

8. Oktober 2009



## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Analyse</b>	<b>2</b>
<b>2 Forderungen</b>	<b>3</b>
2.1 Der inhaltliche Weg . . . . .	3
2.2 Der strukturelle und organisationspolitische Weg . . . . .	5
<b>3 Fazit</b>	<b>5</b>

---

\*Ansprechpartnerin: Jennifer Becke (jenny@jusos-giessen.de)

## 1 Analyse

Am 27. September 2009 fanden die Wahlen zum 17. Bundestag statt. CDU/CSU warben im Vorfeld mit Amtsinhaberin Angela Merkel um eine erneute Kanzlerschaft und erklärten vor der Wahl hinsichtlich ihrer Regierungswünsche, die große Koalition mit der SPD beenden zu wollen und für ein schwarz-gelbes Bündnis mit der FDP zu kämpfen.

Auch die Mehrheit der SPD wollte ein Ende der großen Koalition. Jedoch gab es für die Sozialdemokraten kaum eine andere Machtoption. Die Umfragewerte für die SPD, welche bereits in den vergangenen Jahren eine Talfahrt erlebten, lagen kurz vor der Wahl kaum besser als das tatsächliche Wahlergebnis mit 23%. Für eine Partei, die den Anspruch hat, Volkspartei zu sein, ein absolutes Desaster! Eine SPD-Alleinregierung also utopisch. Auch die favorisierte rot-grüne Koalition rückte im Vorfeld der Wahlen auf Grund des Rückhalts der SPD in der Bevölkerung in weite Ferne. Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei - ob Koalition oder Tolerierung durch diese - wurde von der SPD-Spitze kategorisch ausgeschlossen. Nachdem diese drei Machtoptionen gezwungenermaßen oder selbstbeschieden wegfielen, blieben für die Sozialdemokraten nur noch zwei Möglichkeiten: entweder eine ‚Ampel‘ mit den Grünen und der FDP (eine Option, die die FDP jedoch in der letzten Wahl-Woche kategorisch ausschloss) oder die Fortsetzung der großen Koalition.

Dieser Weg der SPD (einer Koalition links der Mitte bereits im Vorfeld eine Absage zu erteilen, stattdessen ein Bündnis mit der neoliberalen FDP anzustreben) war eine Richtungsentscheidung der Führungsriege der SPD, welche die inhaltlich geänderte Ausrichtung der vergangenen Jahre der Sozialdemokratischen Partei widerspiegelte.

Dass die SPD bereits seit der Agenda 2010 und dem damit gebrochenen Versprechen, einen Umbau des Sozialstaates NICHT zu Lasten der Betroffenen und der Bürgerinnen und Bürger vorzunehmen, in einer schweren Glaubwürdigkeitskrise steckt, zeigt die Gründung und das Erstarken der Partei ‚Die Linke‘. Die SPD hat, angefangen mit der Agenda 2010, über die Mehrwertsteuererhöhung 2005 bis hin zur Einführung der Rente mit 67 (um nur die großen Eckpunkte zu nennen), zum einen das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler (auch bzw. gerade der ‚Stammklientel‘) verspielt und sich zum anderen von ihrem Kernthema ‚Soziale Gerechtigkeit‘ entfernt.

Die SPD hat also nicht nur Versprechen nicht gehalten, viel schlimmer, sie hat sich inhaltlich von sich selbst entfremdet und damit in den Augen der Wählerinnen und Wähler einen Teil ihres Wesensgehalts verloren.

Die endgültige Quittung dafür gab es schlussendlich am 27. September, als die SPD aus den Bundestagswahlen mit 23% mit dem schlechtesten Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik hervorging. Dass es nach mehr als 10% Verlusten im Vergleich zu den Bundestagswahlen 2005 kein ‚Weiter-so‘ für die Sozialdemokratische Partei geben kann, liegt auf der Hand. Ebenso, dass 23% kein Ergebnis ist, welches die Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert und es somit schwerfällt, die Bundes-SPD momentan als Volkspartei zu bezeichnen.

Dass die SPD lang- und mittelfristig ihren Charakter als Volkspartei jedoch nicht verlieren muss und wir an diesem Anspruch auch weiter festhalten müssen, zeigen Einzelwahlergebnisse, z.B. bei den Landtagswahlen. Bestes Beispiel hierfür und dafür was

die Wählerinnen und Wähler von der Sozialdemokratie erwarten waren die hessischen Landtagswahlen 2008. Mit Andrea Ypsilanti, einem klaren Programm, das für soziale Gerechtigkeit stand und dem Gesamtprojekt der sozialen Moderne (das unter anderem die Verknüpfung von Themen wie Ökologie mit der Beschaffung von Arbeitsplätzen bedeutet), schaffte es die hessische SPD mit 37% fast die 40% zu knacken. Das klare linke Profil, die überzeugende Besetzung des ursprünglichen Kernthemas soziale Gerechtigkeit, sowie eine neue Form authentischer Politik, die es schafft einzelne Politikfelder miteinander zu verbinden und den Menschen damit verständlich zu machen, führten zu diesem großen Zuspruch in der Bevölkerung.

**Das bedeutet für uns Jusos, als treibende linke Kraft innerhalb der SPD, unsere Partei mit klaren Forderungen zu konfrontieren und einen Umbau der SPD voranzutreiben!**

Das heißt, dass wir die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland erkennen und den Anspruch haben, die sich verfestigenden Klassen zu überwinden. Ebendies erwarten wir auch von der SPD! Die Sozialdemokratie muss dafür stehen, dass sozial und finanziell Starke belastet und finanziell Schwache dagegen entlastet werden. Schließlich müssen starke Schultern mehr tragen als schwache!

Die SPD muss den Kampf gegen die neoliberal-konservativen Bündnisse in Deutschland aufnehmen und ein klares soziales Programm im Sinne ALLER Bürgerinnen und Bürger entgegenstellen. Unterschiede müssen wieder erkennbar werden!

## 2 Forderungen

Als Juso- Unterbezirk Gießen fordern wir folgende Eckpunkte von der „Neuen SPD“:

### 2.1 Der inhaltliche Weg

- Die Agenda 2010 (also die Reform des deutschen Sozialsystems und Arbeitsmarktes zwischen 2003-2005) enthält durchaus einige richtige Gedanken (Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe; Erhöhung von Bildungsausgaben, Förderung von Ganztagschulen, Bafög-Reform; Förderung des Mittelstandes durch erleichterte Betriebsgründung...).

Jedoch umfasst das Agenda-Reformpaket auch die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Einführung der Praxisgebühr und vor allem das viel kritisierte Hartz IV.

Ein reines Meckern über die Agenda 2010 bringt uns und die SPD nicht weiter. Zumal die beschlossenen Reformen auch kaum mehr rückgängig gemacht, jedoch korrigiert und geändert werden können.

Es bedarf also einer parteiinternen Aufarbeitung der Agenda 2010, woraus schließlich ein Katalog mit Forderungen entstehen muss, wie die Reformen der Agenda sozialer gestaltet werden können und welche Beschlüsse revidiert werden müssen.

- Lohnarbeit und Kapitalerträge müssen gleichwertig behandelt werden. Dies muss hinsichtlich der Besteuerung ebenso gelten wie unter dem Aspekt sozialer Abgaben.

Kapitalerträge müssen ebenso sozialversicherungspflichtig sein wie jedes andere Einkommen!

Der Großteil des erwirtschafteten Vermögens in Deutschland stammt mittlerweile aus Kapitalgeschäften. Somit muss neben der zu Recht geforderten Vermögens- und Erbschaftsteuer ein gerechtes Steuersystem auch die Besteuerung von Kapitalerträgen umfassen.

- Eine Diskussion um die Agenda 2010 (v.a. Hartz IV) und die Vermögenssteuer bedarf zukunftsgewand vor allem auch einer Debatte über die Zukunft der sozialen Sicherung in Deutschland. Die SPD muss ein umfassendes Konzept erarbeiten mit unserer Vorstellung, wie das soziale Sicherungs-Modell und die Finanzierung dafür aussehen soll. Hinsichtlich des erneuten Vorstoßes der FDP, ein ‚Bürgergeld‘ einzuführen, ist es wichtig, als SPD der Bevölkerung in einem verständlichen Konzept aufzuzeigen, wie wir uns soziale Sicherung vorstellen.
- Die Mehrwertsteuer ist eine Verbrauchssteuer, die alle Menschen in Deutschland betrifft. Gerade diejenigen, die über kein eigenes Einkommen verfügen (Schüler/-innen, Studierende, Arbeitslose, Rentner) trifft eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (wie 2005 geschehen und von der FDP aktuell erneut diskutiert) besonders hart. Instrumente wie das Senken der Einkommenssteuer gehen an diesen Gruppen völlig vorbei. Deshalb muss die SPD sich dafür kämpfen, die Mehrwertsteuer wieder zu senken!
- Im Gesundheitsbereich muss hart gegen die Zwei-Klassenmedizin vorgegangen werden, d.h. die SPD muss ihr Konzept der ‚Solidarischen Bürgerversicherung‘ in die Gesellschaft hinein-diskutieren und publik machen, denn nur was bekannt ist, kann in Zukunft auch gewählt werden!
- Das Thema Bürgerrechte (welches Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Nacktscanner an Flughäfen, den Einsatz der Bundeswehr im Innern, Internetzensur, und vieles mehr umfasst) hat in der Bevölkerung längst einen sehr hohen Stellenwert eingenommen. Vor allem für junge Menschen ist dies zum Teil ein wahlentscheidendes Thema. Dies zeigt eine Zustimmung von fast 15% im Bereich der 18- 25 Jährigen für die Piratenpartei, die als ‚Ein-Themen-Partei‘ mit dem Thema Bürgerrechte geworben hatte.

Wir Jusos und die SPD müssen uns umfassend mit den einzelnen Themenbereichen der Bürgerrechte befassen und Positionen dazu entwickeln. Diskussionen zu diesem Themenbereich dürfen jedoch nicht nur intern stattfinden, sondern müssen mit der Öffentlichkeit geführt werden, denn nur so bekommen wir ein Verständnis dafür, was im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ist und erhalten Zustimmung für unsere Positionen.

## 2.2 Der strukturelle und organisationspolitische Weg

Die SPD kann ihre Inhalte, Konzepte und ihr Personal nur überzeugend vertreten, wenn mindestens die große Mehrheit der Mitglieder davon überzeugt ist bzw. daran mitgewirkt hat. Eine kleine politische Elite (Funktionärs Ebene) darf nicht über die inhaltliche sowie personelle Aufstellung der Partei entscheiden.

Dies bedeutet in Zukunft eine umfassende basisdemokratische Mitbestimmung aller SPD- Mitglieder:

- Regelmäßige Regionalkonferenzen sind bei wichtigen Grundsatzfragen sowie bei ‚neuen‘ Themen (Beispiel ‚Internetsperrungen‘) durchzuführen. Dies hat den Vorteil, dass es - neben dem Effekt der politischen Bildung - eine breite Beteiligung der Partei-Basis ermöglicht und die Positionsfindung somit ein durchdachter Prozess ist.
- Ein Mitgliederentscheid (durch Mitgliederbefragungen) verhindert bzw. dämmt die Entfremdung der Funktionärs Ebene zur Basis ein und muss somit regelmäßig und vor allem bei Personalentscheidungen stattfinden.
- Die SPD muss die Individualisierung der Gesellschaft ernst nehmen. Sie muss darauf reagieren, dass sich immer mehr Menschen für einzelne Themen stark machen und immer weniger die breite Diskussion in Parteien suchen. Themen, die Platz unter dem sozialdemokratischen Dach haben, muss die SPD Foren bieten, um Interessierte einzubinden.
- Bei diesen Themenforen bietet es sich an, die Zusammenarbeit mit inhaltlich übereinstimmenden gesellschaftlichen Akteuren (Bündnispartnern) zu suchen. Dies führt im Rahmen der einzelnen Themen zu einem größeren Mobilisationspotential und kann die inhaltliche Debatte bereichern.

## 3 Fazit

In der Opposition wird es schwer, Politik aktiv in unserem Sinne zu gestalten. Forderungen, für die wir heute kämpfen, werden nicht gleich morgen Wirklichkeit. Das muss uns klar sein.

Jetzt geht es darum, die SPD in einem gemeinsamen Diskussionsprozess inhaltlich und organisationspolitisch neu auszurichten, so dass die SPD nicht mehr zu großen Teilen damit beschäftigt ist, intern für ihre Inhalte zu werben, sondern wir alle an einem Strang ziehen und überzeugt hinter der SPD stehen!

Dafür ist die Opposition eine Chance; die SPD kann zu einem klaren sozialdemokratischen Profil zurückzukehren. Wir haben die Möglichkeit uns von der Regierung und ihren Vorhaben zu distanzieren und Alternativen aufzuzeigen. Diese Chance muss die SPD nutzen, indem sie ein Bündnis mit der Bevölkerung eingeht und ihre Inhalte mit ihr gemeinsam diskutiert! Wenn es darum geht unsere Positionen bekannt zu machen müssen wir uns mit gesellschaftlich relevanten Akteuren zusammenschließen. Denn als Volkspartei kämpft die SPD nicht nur um Macht und damit um die Stimmen der Wählerinnen

und Wähler, sondern sie kämpft MIT der Bevölkerung für eine andere Politik und mehr soziale Gerechtigkeit.

An erster Stelle muss jedoch die Aufarbeitung der in der Vergangenheit gemachten Fehler auf der Tagesordnung stehen. Denn nur so kann die inhaltliche Erneuerung und Rückbesinnung auf die ursprünglichen Werte der SPD glaubwürdig funktionieren.